

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 02 / 18. Februar 2025



Mit dieser zweiten Ausgabe des Südosteuropa-Updates in diesem Jahr informieren wir Sie wieder über aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen in den Ländern der Region sowie über anstehende Veranstaltungen.

In der Rubrik Wirtschaftspolitik berichten wir diesmal über die anhaltenden Proteste in Serbien und den angekündigten Rücktritt des Premierministers, die

Regierungsbildung in Bulgarien sowie den Rücktritt des rumänischen Präsidenten Klaus Johannis.

In der Rubrik Konjunktur haben wir Ihnen aktuell die Handelszahlen für das Gesamtjahr 2024 zusammengestellt und werfen einen Blick auf die aktuellen Wachstumsprognosen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche.

Ein kurzer Rückblick auf die ersten Veranstaltungen des Jahres sowie Hinweise zu Terminen und interessanten Publikationen runden auch diese Update-Ausgabe ab.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Umfrage von KPMG und Ost-Ausschuss

Am 5. Februar legte der Ost-Ausschuss die Ergebnisse einer Umfrage zum „German CEE-Business Outlook 2025“ vor, die gemeinsam mit der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG) zwischen dem 20. November und dem 31. Dezember 2024 durchgeführt wurde. Die Umfrage analysiert die Geschäftserwartungen deutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa. 133 Unternehmen mit Osteuropa-Geschäft haben sich daran beteiligt. Demnach rechnen deutsche Unternehmen, die in Mittel- und Osteuropa tätig sind, mit einer zunehmenden Bedeutung der Region als Markt und Investitionsstandort. Mehr als jedes zweite befragte Unternehmen (55 %) erwartet bis 2030 eine wachsende wirtschaftliche Relevanz der Region.

Mehr als die Hälfte der Befragten plant bis 2030 neue Investitionen in Mittel- und Osteuropa. Polen, die größte Volkswirtschaft der Region ist das bevorzugte Investitionsziel der befragten deutschen Unternehmen. Rumänien steht an zweiter Stelle, gefolgt von der Ukraine, Ungarn und Tschechien. Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen (45 %) stufen ihre Lage als „gut“ (36 %) oder sogar als „sehr gut“ (9%) ein. 38 % zeigen sich „zufrieden“, nur 16 % bewerten ihre aktuelle Geschäftslage negativ. In einem Fünfjahreshorizont sind die Unternehmen noch optimistischer: Vier von fünf (80 %) erwarten eine noch bessere Geschäftslage.

Die Ergebnisse der Umfrage im Einzelnen sowie die ausführliche Presseerklärung finden Sie [hier](#) auf der Seite des Ost-Ausschusses.

Ernennung des EU-Sondergesandten für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien

Der dänische Diplomat Peter Sorensen wurde am 27. Januar durch die EU-Außenminister bestätigt und hat am 1. Februar das Amt des Sonderbeauftragten der EU für den Dialog zwischen Kosovo und Serbien und die Umsetzung des Normalisierungsabkommens zwischen den beiden Staaten angetreten. Sorensen wurde von der neuen Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Kaja Kallas vorgeschlagen und tritt die Nachfolge von Miroslav Lajcak an. Die Pressemitteilung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Generaldirektion Erweiterung und Östliche Nachbarschaft (DG ENEST)

Ebenfalls am 1. Februar nahm die neu geschaffene Generaldirektion Erweiterung und Östliche Nachbarschaft (DG ENEST) ihre Arbeit auf, die an die Arbeit der Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (DG NEAR) anknüpft und der aus Slowenien stammenden EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos unterstellt ist. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Aussetzung der amerikanischen Hilfgelder

Die am 27. Januar verkündete vorläufige Aussetzung der US-Auslandshilfe und die inzwischen auf den Weg gebrachte de facto Auflösung der United States Agency for International Development (USAID) durch die neue US-Regierung unter Donald Trump, hat auch für die

Länder des Westlichen Balkans erhebliche Auswirkungen: Von 2020 bis Ende 2024 haben die USA 1,7 Milliarden US-Dollar in die sechs Länder des Westlichen Balkans investieren, um zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Einrichtungen sowie Projekte von Menschenrechten, über Medien bis hin zu Energieeffizienz zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) unter Balkan Insight.

Albanien

Am 10. Februar hat der albanische Sondergerichtshof gegen Korruption und organisiertes Verbrechen die **Verhaftung des Bürgermeisters von Tirana** Erion Veliaj angeordnet. Seine Frau, Ajola Xoxa wurde ebenfalls wegen des Verdachts der passiven Korruption unter Hausarrest gestellt. Gegen sie und weitere fünf Geschäftsleute laufen Ermittlungen der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität (SPAK). Veliaj ist seit 2015 Bürgermeister von Tirana und eine der wichtigsten Persönlichkeiten der regierenden Sozialistischen Partei. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Am 22. Januar haben am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos der albanische Premierminister Edi Rama und der ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenski ein Kooperationsabkommen über die **Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich** unterzeichnet. Albanien zieht in diesem Zusammenhang in Betracht, albanische Häfen für russische Schiffe zu schließen, bis die territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt und ein gerechter und dauerhafter Frieden erreicht ist. Darüber hinaus sagt Albanien zu, die Zusammenarbeit in Bereichen wie der humanitären Hilfe, der Entwicklungszusammenarbeit oder dem Wiederaufbau zu verstärken. SeeNews berichtet [hier](#).

Bulgarien

Am 16. Januar hat das bulgarische Parlament die **neue Regierung unter Rossen Scheljaskow (GERB)** bestätigt. Die neue bulgarische Regierung besteht aus drei Koalitionspartnern und einem Kabinett mit insgesamt 20 Ministern. Koalitionspartner sind neben GERB-Partei die Bulgarische Sozialistische Partei und die Partei „Es gibt ein solches Volk“. Um eine Mehrheit im Parlament zu erhalten, war die Koalition zusätzlich auf die Unterstützung der Partei von Ahmed Dogan angewiesen, der die türkische Minderheit vertritt. Weitere Informationen zu den Koalitionspartnern und der Abstimmung im Parlament finden Sie [hier](#) auf Euractiv. Eine Übersicht über die Minister und ihre Schwerpunkte finden Sie unten anbei und auf der Regierungsseite Bulgariens [hier](#).

Übersicht der Minister in dem Regierungskabinett von **Rossen Scheljaskow**:

Atanas Zafirov	Stellvertretender Premierminister
Tomislav Donchev	Stellvertretender Premierminister und Minister für Innovation und Wachstum
Grozdan Karadjov	Stellvertretender Premierminister und Minister für Verkehr und Kommunikation
Temenuzhka Petkova	Finanzministerin
Daniel Mitov	Innenminister
Georg Georgiev	Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Borislav Gutsanov	Minister für Arbeit und Sozialpolitik
Ivan Ivanov	Minister für regionale Entwicklung und öffentliche Arbeiten
Georgi Georgiev	Justizminister

Atanas Zaprianov	Verteidigungsminister
Krasmir Valchev	Minister für Bildung und Wissenschaft
Silvi Petrov	Gesundheitsminister
Marian Bachev	Kulturminister
Georgi Tahov	Minister für Landwirtschaft und Ernährung
Manol Genov	Minister für Umwelt und Wasser
Peter Dilov	Minister für Wirtschaft und Industrie
Zhecho Stankov	Energieminister
Valentin Mundrov	Minister für E-Government
Miroslav Borshosh	Tourismusminister
Ivan Peshev	Minister für Jugend und Sport

Kosovo

Am 9. Februar waren die Bürger Kosovos aufgerufen, **ein neues Parlament** zu wählen. Die Partei Vetevendosje des amtierenden Premierminister Albin Kurti, führt nach dem vorläufigen Ergebnis mit 42 Prozent der Stimmen, verlor aber im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahr 2021 deutlich an Stimmen. Die „Demokratische Partei des Kosovo“ erhielt demnach 21 Prozent der Stimmen, die Partei „Demokratische Liga des Kosovo“ 19 Prozent. Das Parlament hat insgesamt 120 Sitze. Deutschlandfunk berichtet [hier](#). Zu den innen- und außenpolitischen Implikationen und bevorstehenden Herausforderungen für die Regierungsbildung berichtet die Deutsche Welle [hier](#).

Am 22. Januar haben die **Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und die Republik Kosovo** am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos ein **Freihandelsabkommen** unterzeichnet. Die Verhandlungen liefen seit dem Jahr 2022. Weitere Informationen finden Sie auf der Website der EFTA [hier](#).

Die Regierung Kosovos wird insgesamt 86 Millionen Euro in Maßnahmen zur **Steigerung der Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden** investieren. Wie Green Balkan Energy News berichtet, stammen 50 Millionen Euro aus einem Darlehen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an den Kosovo Energy Efficiency Fund (KEEF), darüber hinaus wird das Vorhaben von der Europäischen Union und weiteren Institutionen gefördert. Der kosovarische Staat finanziert das Projekt mit 12,6 Millionen Euro. Balkan Green Energy News berichtet [hier](#).

Nordmazedonien

Am 6. Februar hat das Strafgericht in Skopje die **Inhaftierung** des ehemaligen Leiters der Agentur für allgemeine und gemeinsame Angelegenheiten **Pece Mirceski**, angeordnet. Mirceski leitete die Behörde, deren Aufgabe die Erbringung technischer Dienstleistungen für die Regierung ist, bis zu den Parlamentswahlen 2024, die die damals regierende Sozialdemokratische Partei, der er selbst angehört, verlor. Er wird unter anderem der Annahme von Bestechungsgeldern, der Fälschung amtlicher Dokumente und Veruntreuung von Geldern und der Fahrlässigkeit am Arbeitsplatz beschuldigt. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Rumänien

Rumäniens **Präsident Klaus Johannis ist am 12. Februar von seinem Amt zurückgetreten**. Johannis' Amtszeit hätte ursprünglich im Dezember geendet. Nachdem die erste Runde der Präsidentschaftswahlen Ende November für viele Beobachter überraschend von Calin Georgescu gewonnen wurde, prüfte das Verfassungsgericht Vorwürfe zur Einflussnahme. In der Folge annullierte das Verfassungsgericht die Wahl und setzte sie für Mai neu an. Gemäß der Entscheidung des Gerichts sollte Johannis bis zu den Wahlen im Amt bleiben. Die rechten Parteien AUR, POT und SOS Romania vertraten jedoch eine andere Ansicht. Sie forderten seither den sofortigen Rücktritt des Präsidenten, wobei die Verfassung in dieser Hinsicht keine eindeutigen Vorgaben macht. Euractiv berichtet [hier](#).

Am **4. Februar** gab die Bukarester Direktion für die Untersuchung von organisierter Kriminalität und Terrorismus (DIICOT) die **Festnahme von elf ehemaligen sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten** wegen ihrer mutmaßlichen Verwicklung in einen Immobilienskandal bekannt. Euractiv berichtet [hier](#).

Serbien

Die Proteste in Serbien, die seit dem Einsturz des Bahnhofsvordaches in Novi Sad mit 15 Toten im November vergangenen Jahres stattfinden und sich am Umgang der serbischen Regierung mit der Katastrophe entzündet haben, halten an. Zuletzt demonstrierten am 15. Februar Zehntausende in Kragujevac. Balkan Insight berichtet [hier](#). Am 28. Januar **erklärte Premierminister Milos Vucevic seinen Rücktritt**. Diesen muss das serbische Parlament noch bestätigen, das bisher allerdings noch nicht wieder zusammengekommen ist. SeeNews berichtet [hier](#) über eine mögliche Zeitleiste und Szenarien, wie die Bildung einer neuen Regierung oder Ausrufung von Neuwahlen. Trotz der Ankündigung des Rücktritts Vucevics, der lange Jahre Bürgermeister von Novi Sad war, gehen die Proteste weiter. Am 3. Februar kündigte die Anwaltskammer einen 30-tägigen Streik an. Am 11. Februar demonstrierten Schauspieler in Belgrad und solidarisierten sich mit den Protestierenden. Balkan Insight berichtet [hier](#).

In der Rubrik Tipps und Links dieses Updates haben wir für Sie eine Sammlung von Links zu Analysen und Bewertungen der aktuellen politischen Lage in Serbien und zu den internationalen Reaktionen zusammengestellt.

Umsetzung der US-Sanktionen: Anfang Februar hat Naftna Industrija Srbije (NIS) beim amerikanischen Office of Foreign Assets Control (OFAC) um einen 90-tägigen Aufschub zur Umsetzung der US-Sanktionen gegen Gazprom Neft gebeten. Gazprom Neft hält 50 Prozent der Anteile an NIS. Um nicht von amerikanischen Sanktionen getroffen zu werden, galt eine Frist von 45 Tagen (ab Beginn der Sanktionen), um die Übernahme der Anteile von Gazprom Neft zu organisieren. Reuters berichtet [hier](#). Unterstützt wird der Antrag von der serbischen und der ungarischen Regierung. In einem Statement vom 11. Februar erklärte die serbische Energieministerin weiter ihre Unterstützung für den Antrag auf Aufschub. Das Statement finden Sie auf der Seite des Ministeriums [hier](#).

Handelszahlen 2024

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen für das Jahr 2024 auf Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Der deutsche Handel mit den Ländern Südosteuropas erreichte 2024 demnach ein Gesamtvolumen von 95 Milliarden Euro und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 2,6 Prozent. Spitzenreiter in der Region bleibt im Jahr 2024 weiterhin Rumänien mit einem bilateralen Handelsvolumen von rund 42 Milliarden Euro. Die Presserklärung des Ost-Ausschusses, die anlässlich der Jahresauftakt-Pressekonferenz mit der Vorsitzenden des Ost-Ausschusses Cathrina Claas-Mühlhäuser am 11. Februar veröffentlicht wurde, finden Sie [hier](#) auf der Seite des Ost-Ausschusses. Dort sind auch die Handelszahlen für alle Zielländer des Ost-Ausschusses hinterlegt. Hier die Handelsübersicht 2024 zu den Ländern Südosteuropas:

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg.über Vorjahr		
	Jan - Dez 2024	Jan - Dez 2023	Jan - Dez 2024	Jan - Dez 2023	Jan - Dez 2024	Jan - Dez 2023	Einfuhr	Ausfuhr	Handels- umsatz
Rumänien	42.125.960	41.345.503	19.744.923	19.283.867	22.381.037	22.061.636	2,4	1,4	1,9
Slowenien	14.210.998	13.829.162	7.023.460	7.004.144	7.187.538	6.825.018	0,3	5,3	2,8
Bulgarien	12.515.535	11.913.598	6.561.598	5.975.374	5.953.937	5.938.224	9,8	0,3	5,1
Serbien	9.402.462	8.819.908	4.645.289	4.393.419	4.757.173	4.426.489	5,7	7,5	6,6
Kroatien	8.148.496	7.820.290	2.501.582	2.436.303	5.646.914	5.383.987	2,7	4,9	4,2
Nordmazedonien	4.794.022	5.139.018	3.380.911	3.779.488	1.413.111	1.359.530	-10,5	3,9	-6,7
Bosnien und Herzegowina	2.503.486	2.594.304	1.187.718	1.311.620	1.315.768	1.282.684	-9,4	2,6	-3,5
Albanien	675.589	621.621	218.398	221.706	457.191	399.915	-1,5	14,3	8,7
Kosovo	507.538	445.501	100.470	95.617	407.068	349.884	5,1	16,3	13,9
Montenegro	254.484	214.742	35.022	35.557	219.462	179.185	-1,5	22,5	18,5
Gesamt-WB 6	18.137.581	17.835.094	9.567.808	9.837.407	8.569.773	7.997.687	-2,7	7,2	1,7
SOE Handel Gesamt	95.138.570	92.743.647	45.399.371	44.537.095	49.739.199	48.206.552	1,9	3,2	2,6
Deutscher Handel Gesamt	2.871.678.664	2.932.673.544	1.316.289.851	1.357.464.951	1.555.388.813	1.575.208.593	-3	-1,3	-2,1

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025, Stand: 04.02.2025, Berechnungen des Ost-Ausschusses

Winterprognose des Wiener Instituts für International Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Unter dem Titel „Eastern Europe to grow faster in 2025 despite Trump“ hat das wiiw am 4. Februar seine Winterprognose für das Gesamtjahr 2025 vorgestellt. Zur Meldung geht es [hier](#). Untenstehend haben wir Ihnen speziell die aktuellen Wachstumsprognosen für die zehn Länder Südosteuropas zusammengestellt.

	wiiw Herbstprognose Oktober 2024					wiiw Winterprognose Februar 2024				
	2022	2023	2024F	2025F	2026F	2023	2024	2025F	2026F	2027F
Albanien	4,8	3,9	4,0	3,8	3,9	3,9	4,0	3,8	3,9	4,0
Bulgarien	3,9	1,8	2,2	2,4	2,8	1,9	2,2	2,4	2,8	3,0
Bosnien und Herzegowina	4,2	2,1	2,6	2,9	3,1	2,1	2,4	2,7	2,9	3,0
Kosovo	4,3	4,1	4,1	3,8	3,9	4,1	4,3	4,0	3,9	4,1
Kroatien	7,0	3,1	3,3	3,0	3,0	3,3	3,5	3,1	3,0	2,9
Montenegro	6,4	6,3	3,5	3,7	3,5	6,3	3,5	3,7	3,5	3,1
Nordmazedonien	2,2	1,0	1,8	2,3	2,6	2,1	2,6	2,8	3,0	3,2
Rumänien	4,1	2,1	2,0	2,5	3,0	2,4	1,2	2,2	2,5	3,0
Serbien	2,6	3,8	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7
Slowenien	2,7	2,1	1,7	2,2	2,5	2,1	1,9	2,4	2,5	2,6
Durchschnitt SOE	4,2	3,0	2,9	3,0	3,2	3,2	2,9	3,1	3,2	3,3
Durchschnitt WB6	4,1	3,5	3,3	3,4	3,5	3,7	3,4	3,5	3,5	3,5

wiiw; Osteuropa wächst 2025 trotz Trump stärker, unter: [Winter Forecast: Eastern Europe to grow faster in 2025 despite Trump \(news article\)](#); Stand: 07.02.2025



Unsere Vorbereitungen für die 22. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans laufen auf Hochtouren: Anfang Februar fand die letzte Runde der Interviews in Albanien und Montenegro statt, bei denen die Kandidatinnen und Kandidaten für diese Länder ausgewählt wurden. Mittlerweile sind die Auswahlgespräche in allen sieben Partnerländern abgeschlossen und wir freuen uns, 122 Kandidatinnen und Kandidaten als mögliche Praktikantinnen und Praktikanten für Ihre Unternehmen vorschlagen zu können. Auch in diesem Jahr gab es eine beeindruckende Auswahl an hochqualifizierten und engagierten Nachwuchskräften.

Unser Dank gilt allen Unternehmen, die Interesse an unserem Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft gezeigt haben. Ihre Bereitschaft, Talente aus den Ländern des Westlichen Balkans zu fördern und auszubilden, ist ein entscheidender Beitrag zur Fachkräftesicherung in unseren Partnerländern. Mit Ihrer Unterstützung leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern des Westlichen Balkans. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten nicht nur die Möglichkeit, wertvolle internationale Erfahrungen zu sammeln, sondern können diese Kompetenzen auch in ihre Heimatregionen einbringen und so zum langfristigen Wachstum und zur Weiterentwicklung ihrer Länder beitragen.

Was erwartet Sie als teilnehmendes Unternehmen in den nächsten Wochen?

Die Profile der ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten werden Anfang März an die teilnehmenden Unternehmen verschickt. Wir werden die Kandidatinnen und Kandidaten gemäß der gewünschten Qualifikationen und den Bedürfnissen Ihres Unternehmens zuordnen, um die bestmögliche Übereinstimmung zu gewährleisten. Gleichzeitig erhalten Sie detaillierte Informationen zum weiteren Ablauf sowie eine hilfreiche Checkliste, die Sie durch den Matching-Prozess führt.

Veranstungsnachlese

Neujahrsempfang 2025

Der Andrang war groß: Rund 250 Gäste wollten am 30. Januar beim traditionellen Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses dabei sein. Unter den Besuchern in der Eventlocation „Deep“ in der ehemaligen Bötzow-Brauerei in Berlin-Prenzlauer Berg waren zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter der Ost-Ausschuss-Partnerländer sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verbänden. Gastredner des Abends war Botschafter Jan Tombinski, Geschäftsträger der Republik Polen in Deutschland, der unter anderem über die Ziele der polnischen EU-Ratspräsidentschaft berichtete, die Anfang Januar begonnen hat. [Hier](#) geht es zum ausführlichen Bericht auf unserer Webseite.



Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa

In der ersten Online-Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa im Jahr 2025, die am 12. Februar vom neuen AK-Leiter Christoph Beeck (ProCredit Bank AG) moderiert wurde, tauschten sich Vertreter der Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses sowie des Auswärtigen Amtes und des Bundeswirtschaftsministeriums über die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der Region aus. Der deutsche Handel mit den zehn Ländern Südosteuropas hat sich im Jahr 2024 gegen den Trend positiv entwickelt. Das Volumen der gehandelten Waren stieg um 2,6 Prozent auf 95 Milliarden Euro. Der Handel mit Slowenien etwa, das mit Branchen wie E-Mobilität, erneuerbaren Energien und einer lebendigen Start-up-Szene lockt, erholte sich nach einem massiven Einbruch im Jahr 2023 und stieg in den vergangenen zwölf Monaten um 2,9 Prozent auf mehr als 14 Milliarden Euro. Doch dort, wie auch in anderen Ländern der Region, stehen die Unternehmen vor Herausforderungen, die sich aus teilweise hohen Inflationsraten, Bürokratie oder Fachkräftemangel ergeben. Neben den wirtschaftlichen Entwicklungen war die politische Situation ein wichtiges Thema, darunter die jüngsten Regierungsbildungen und Wahlen in einzelnen Ländern oder die anhaltenden Proteste in Serbien. Auch der Einfluss und die Interessen der neuen US-Regierung an den Ländern des Westlichen Balkans wurden diskutiert.

Kommende Veranstaltungen

- **25. Februar:** Business-Frühstück „Markterschließung in Bulgarien“ in der IHK Potsdam, Bei Interesse können Sie sich [hier](#) auf der Seite der IHK Potsdam registrieren.
- **29. April:** 2. Sitzung des Arbeitskreises SOE, 09:30 - 11:30 Uhr (online) – *nur für Mitglieder*

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Tipps & Links

Germany Trade and Invest (GTAI) hat die Wirtschaftsausblicke für die Länder des Westlichen Balkans aktualisiert. Die neuen Ausgaben sind jeweils auf der Seite der GTAI abrufbar:

[Wirtschaftsausblick Serbien](#)

[Wirtschaftsausblick Nordmazedonien](#)

[Wirtschaftsausblick Bosnien und Herzegowina](#)

[Wirtschaftsausblick Albanien](#)

[Wirtschaftsausblick Kosovo](#)

[Wirtschaftsausblick Montenegro](#)

Mit der **Rolle Chinas in den Ländern des Westlichen Balkans** befasst sich eine Podcastfolge von „The Sound of Economic“. Diese Folge ist Teil der ZhōngHuá Mundus-Reihe von The Sound of Economics. ZhōngHuá Mundus ist ein Newsletter von Bruegel, der monatlich Analysen zu China in der Welt aus europäischer Sicht liefert. Wir haben den Podcast [hier](#) verlinkt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Nachgang der **Regierungsbildung in Bulgarien** eine Analyse zur aktuellen politischen Situation in Bulgarien veröffentlicht. Das Dokument finden auf der Website der KAS [hier](#).

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb hat einen **Bericht zu den Präsidentschaftswahlen** vom 12. Januar veröffentlicht und kann auf der Website der KAS [hier](#) abgerufen werden.

Zu den Ländern des Westlichen Balkans und **Chinas digitale Seidenstraße** hat Mitte Januar der German Marshall Fund ein Papier veröffentlicht. Das Dokument kann von der GMF-Webseite [hier](#) heruntergeladen werden.

Analysen zur aktuellen politischen Situation in Serbien

- Hintergründe und aktuelle Informationen zu den Entwicklungen bietet [European Western Balkans](#)
- Aktuelle Analysen und Expertenmeinungen finden Sie auch hier: [Balkan in Europe Policy Advisory Group](#)
- "A double bind: How unrest and geopolitics could end Serbia's government", European Council on Foreign Relations; 6. Februar; den Beitrag finden Sie [hier](#)
- Why the EU Must Change Course on Serbia, Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden; 4. Februar; den Beitrag finden Sie auf der Website der Stiftung [hier](#).
- "The Student Revolt in Serbia: Vučić's Nemesis?", Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien; 29. Januar. Den Beitrag finden Sie auf der Seite des Instituts [hier](#).
- "Under pressure at home and abroad - What path will Serbia take?"; erschienen auf der Seite des European Union Institute for Security Studies [hier](#) ; 24. Januar;

Wichtige Quellen mit aktuellen Informationen zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)

- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer Website, auf Facebook und auf LinkedIn.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206 167 130

a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-137

a.mueller@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206 167 131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de



@OstAusschuss